

Fadegrad

Velofreaks



VON
ROLAND SCHECK

Velofahrer fühlen sich moralisch überlegen. Sie retten ja schliesslich die Welt und deshalb stehen sie etwas näher beim Herrgott als die übrigen Verkehrsteilnehmer. Wer derart Gutes tut, spricht sich auch mehr Rechte zu. Gute Menschen, die jeden Tag die Welt retten, wollen nicht mit profanen Verkehrsregeln belästigt werden. Vorschriften gelten für die anderen, die schlechten Menschen. Und Verkehrsabgaben? Um Himmels Willen, nein! Gute Menschen dürfen fordern, schlechte Menschen müssen zahlen. Für die eigenen Begehlichkeiten im Veloinfrastrukturausbau haben die anderen aufzukommen.

Dies ist grob zusammengefasst das Selbstverständnis der meisten Velofahrer. Anders lässt sich das selbstherrliche und rücksichtslose Verhalten im Strassenverkehr nicht erklären.

Als wären Velofreaks auf der Strasse nicht schon schlimm genug, sitzen diese in der Stadt Zürich auch noch in der Regierung. Damit wird die Werthaltung, moralisch überlegen zu sein und über dem Gesetz zu stehen, gar behördenverbindlich legitimiert. Eine solche Regierung erlässt im Tiefbaudepartement einen Masterplan Velo, wo klipp und klar drin steht, dass alle übrigen Verkehrsmittel zugunsten des Velos Nachteile in Kauf nehmen müssten. Und im Polizeidepartement will das stadträtliche Credo, dass Autofahrer systematisch schikaniert und ausgenommen werden. Für die kleinsten Übertretungen hagelt es rigorose Bussen. Velofahrer hingegen werden gehätschelt und gepflegt. Es gibt niemanden in der Stadt, dem nicht auffallen würde, dass die Polizei bei Verkehrsverstössen von Velofahrern systematisch wegschaut.

Dies zeigt sich auch bei den Busenerträgen. Im Jahr 2012 wurden 54 283 000 Franken aus Ordnungsbussen erhoben. Davon entfallen gerade mal 33 000 Franken auf das Mofa und das Velo. Also lächerliche 0,06 Prozent! Wegschauen heisst die Devise und so kann der Stadtrat auch nicht sagen, wie viel dieser 0,06 Prozent auf das Mofa und wie viel davon auf das Velo entfällt. Es können auch keine Auskünfte darüber gemacht werden, wie viele jährliche Personentage Aufwand zur Kontrolle des Veloverkehrs eingesetzt werden. Wer Fehlleistungen vertuschen möchte, verzichtet halt besser auf das Führen einer Statistik. Zahlen machen nur angreifbar.

Die Verherrlichung des Veloverkehrs nimmt in der Stadt Zürich fast schon religiöse Züge an. Dabei scheint den Velofreaks im Stadtrat aber ganz offensichtlich nicht bewusst zu sein, dass es bei den Verkehrsregeln und deren Durchsetzung letztendlich um Sicherheit geht. Wer aus ideologischen Gründen die Sicherheit vernachlässigt, handelt fahrlässig. Wem Ideologien wichtiger sind als die Sicherheit, täte gut daran, den Platz für verantwortungsbewusstere Kräfte freizumachen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

16 Schulraumpavillons für 55 Millionen Franken

Heute ist es im Gemeinderat unter anderem um ein Rahmenkredit von 55 Millionen Franken für die Beschaffung und Installation von 16 Schulraumpavillons, sogenannte Züri-Modular-Pavillons oder einfach ZM-Pavillons, gegangen.



ROBERTO BERTOZZI
GEMEINDERAT

Demnach soll jeder Pavillon zwischen 2,7 und 3,7 Millionen Franken kosten. Die Notwendigkeit der Beschaffung wird vom Stadtrat mit der Zunahme von ca. 3000 Schülern in den nächsten Jahren in der Stadt Zürich begründet, was zu einem höheren Flächenbedarf führt. Der Bevölkerungszuwachs in der Stadt wird laut Statistikabteilung der Stadt Zürich von heute 393 200 auf 426 000 bis 468 000 Einwohner, je nach Szenario, anwachsen. Der Zuwachs in der Altersklasse 5–14-Jährige wird am stärksten zunehmen. Bei einem mittleren Szenarium (435 000) um 38 Prozent.

Auch neue pädagogische Konzepte im Schulunterricht sowie der Ausbau der städtischen Betreuungsangebote tragen zum wachsenden Flächenbedarf in den Schulen bei. In diesem Zusammenhang spricht der Stadtrat von einem «doppelten Wachstum». Nicht nur die Zahl der Schüler in den nächsten Jahren steigt an, sondern auch der durchschnittliche Flächenbedarf pro Kopf.

Neue Schulanlagen baut die Stadt Zürich nicht auf Vorrat, sondern wenn ein konkreter Bedarf nachgewiesen werden kann. Besteht eine Nachfrage nach Schulräumen, die durch die bestehende Infrastruktur nicht abgedeckt werden kann, muss neuer Schulraum erstellt werden. Dies benötigt jedoch eine gewisse Zeit. Bauprojekte können

durch Einsprachen zusätzlich verzögert werden. Um diese Zeit überbrücken zu können, werden die ZM-Pavillons verwendet.

Der Vorteil des ZM-Pavillons liegt darin, dass dieser Platz für zwei Klassenzimmer mit gesamthaft ca. 260 m² Fläche bietet und als vollwertiger Ersatz für fehlenden Schulraum bei Schülern und Lehrpersonen gilt. Der Nachteil liegt im Preis eines einzelnen Pavillons. Da die Aufträge für die Beschaffung der ZM-Pavillons von der Stadt Zürich einzeln vergeben werden, statt eine Gesamtofferte für alle benötigten Pavillons gleichzeitig bei diversen Anbietern einzuholen, verteuert sich die Beschaffung. Mitbewerber liefern dem Kanton Zürich ähnliche Pavillons günstiger. Auch ist die Auftragsvergabe der Stadt Zürich wenig transparent.

Erfolg für die SVP

Die SVP-Fraktion beantragt deshalb eine Kürzung des Kredits für die Pavillons um 5 Millionen Franken. Diese Sparbemühung wird von den Grünen als «Unsinnig» bezeichnet. Gerade die Klientel der Grünen lebt im Alltag aber eine M-Budget-Sparmentalität, wenn es um ihre Privatfinanzen geht. Gibt es in einer Migrosfiliale keine Budget-Produkte, so beschwerten sie sich lauthals darüber, weil sie mehr privates Geld für ihren Lebensunterhalt ausgeben müssen. Das Geld der Allgemeinheit werfen sie bereitwillig aus dem Fenster.

Der Kürzungsantrag der SVP wird mit grosser Mehrheit durch den Gemeinderat angenommen.

Zürich – wir stehen bereit!

Am 9. Februar 2014 finden in der Stadt Zürich die Gesamterneuerungswahlen von Stadt- und Gemeinderat statt.

Auch dieses Mal «mischen» die SVP-Frauen Stadt Zürich im Wahlkampf kräftig mit. Von den bisherigen Kandidatinnen werden GR Hedy Schlatter, Kreis 2, und GR Margrit Haller, Kreis 9, wieder Spitzenplätze belegen.

Neu kandidieren im Kreis 1/2 Katrin Widmer, im Kreis 3 Jacqueline Larcher und Nadja Gassmann, im Kreis 4/5 Sefika Garibovic, im Kreis 6 Lisa Teodoru und Renate Nauer, im Kreis 7/8 Nina Fehr Dü-

sel, im Kreis 9 Barbara Rocco, im Kreis 10 Heidi Mathys und Marianne Urfer Widmer und im Kreis 11 Olga Oehen. Die SVP-Fraktion muss unbedingt mehr Einfluss in dem rot-grün dominierten Parlament gewinnen und mehr bürgerliche Entscheide durchbringen.

Unsere Kandidatinnen brauchen Ihre Stimme. Bitte legen Sie die Wahlliste der SVP ein und schreiben Sie tüchtige Frauen in Ihrem Kreis **doppelt auf die Liste**. Auf unserer homepage www.frauen-svp-stadt-zuerich.ch stellen wir Ihnen unsere Kandidatinnen einzeln vor.



Unsere Kandidatinnen auf einen Blick: GR Margrit Haller (Kreis 9), Renate Nauer (6), Katrin Widmer (1/2), Heidi Mathys (10), Marianne Urfer Widmer (10), Stadtratskandidatin Nina Fehr Düsel (7/8), GR Hedy Schlatter (1/2), Olga Oehen (11), Sefika Garibovic (4/5), Barbara Rocco (9), Nadja Gasser (3), Jacqueline Larcher (3).

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Parolen zur Volksabstimmung vom 24. November 2013

der SVP Stadt Zürich

Vorlagen Stadt Zürich

1. Lagerstrasse, Abschnitt Lang- bis Kasernenstrasse, Strassenneugestaltung, Landerwerb, Lärmsanierung, Objektkredit von 16,69 Millionen Franken

NEIN

2. Neuregelung der Zusammensetzung des Büros des Gemeinderats, Änderung der Gemeindeordnung

JA

LESERBRIEF

Widmer-Schlumpf: Verwalterin der ungelösten Problemdossiers

Ich war enorm positiv überrascht, als ich im «Tages-Anzeiger» den alles andere als schmeichelhaften Artikel über unsere Finanzpolitikerin las unter dem Titel «Die Verwalterin der ungelösten Problemdossiers». Endlich, sinnierte ich, beschreibt ein Journalist ungeschminkt Frau Eveline Widmer-Schlumpf «als Verwalterin der ungelösten Problemdossiers».

Sie ist doch schon früher als Justizministerin (Probleme im Migrationsamt) an ihre Grenzen gestossen. Welch ein Gegensatz des Artikels im «Tages-Anzeiger» vom 16. November 2013 zu den herkömmlichen Lobhudeleien der meisten Medien inkl. Staatsfernsehen zur Person Eveline Widmer-Schlumpf.

Unsere Finanzministerin trägt zum derzeitigen politischen Debakel unseres Landes wohl am meisten bei. Mit ihrem losen Mundwerk gelingt es ihr immer wieder, politische, aber auch populistische Kapriolen zu schlagen. Allerdings passiert dies nicht im luftleeren Raum. Vielmehr hat sie kürzlich – mit solch einfältigen Äusserungen – erreicht, innert Tagen Milliardenwerte an der Börse zu zerstören.

Ihren Getreuen (BDP, Linke inkl. CVP) macht sie immer öfter politische und finanzielle Zugeständnisse; letzteres wird über kurz oder lang unweigerlich zu nachhaltigen Problemen im Bundeshaushalt führen.

Dass die Bundesrätin bei den internationalen Dossiers nicht weiterkommt, hängt m.E. nicht nur mit der fehlenden politischen Hausmacht zusammen, vielmehr fehlen ihr persönlich schlicht jene Umsicht, Erfahrung und insbesondere Hartnäckigkeit, die in einem harten globalen Verteilungs- und Verdrängungskampf gefordert sind. International zelebriert sie den vorschnellen Kniefall vor jeder fremden Erpressung. Ob jene Wähler, die sie seinerzeit aus einer provinziellen bündnerischen Ratsstube herausgeholt haben, an die unverzichtbaren Fähigkeiten einer zukünftigen Bundesrätin gedacht haben, ist leider zu bezweifeln.

Sie wurde gewählt, um die SVP zu demütigen. Frau Eveline Widmer-Schlumpf hätte nie Bundesrätin werden dürfen.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Groteske Gegenargumente

Im Tagesanzeiger vom 13. November konnte man lesen, dass der Abzug für Eigenbetreuung nicht gelten würde, wenn Grosseltern diese Aufgabe erfüllen würden. Wer kontrolliert das?

So etwas Stupides wird von Bundesrätin Frau Widmer allen Ernstes postuliert?!

Solche Äusserungen disqualifizieren diese Bundesrätin enorm. Noch ein Wort zum allseits beklagten Steuerausfall. Die Summe von 1,4 Milliarden Franken ist offenbar der Betrag, den die Familien aufbringen, die für die Eigenbetreuung keinen Steuerabzug machen können.

Dies zeigt in drastischer Weise die heute bestehende Ungerechtigkeit.

Warum liest man nie etwas über die Steuerausfälle, verursacht durch die Abzüge für Fremdbetreuung? Übrigens: die direkt Betroffenen, die Kinder, haben zur Betreuungsart gar nichts zu sagen.

Die Zwillinge, die am Morgen um sieben Uhr in dunkler Nacht in einem Buggy zur Krippe gestossen werden, wünschten sich vielleicht auch einen anderen Start in den Tag.

Familienmodell und Betreuung sollen Eltern selber bestimmen können. Hoffentlich sagt das Stimmvolk Ja zum Steuerabzug für jedes Kind – egal, wie es betreut wird.

Karl Bertschinger, Ebmatingen

Wir nehmen Abschied von

Walter Ganz-Gutknecht

alt Gemeinderatspräsident
27. Oktober 1926 bis 15. November 2013

Unser geschätztes und verdienstvolles Mitglied setzte sich viele Jahre lang für das Wohlergehen unserer Stadt und ihrer Bevölkerung ein. Von 1977 bis 1990 amtierte er als Gemeinderat der Stadt Winterthur. Im Jahre 1988/89 präsidierte er den Gemeinderat.

Er engagierte sich in verschiedenen Positionen für die SVP der Stadt Winterthur und den Kanton

Zürich. Für seinen Einsatz zugunsten der Allgemeinheit und unserer Partei sind wir sehr dankbar. Wir werden seine gewinnende Persönlichkeit nicht vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Seiner Familie entbieten wir unsere aufrichtige Anteilnahme.

Schweizerische Volkspartei
Stadt Winterthur